Nummer 509

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Sonntag, 30. Oktober 1927

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: I. D. W. Steneberg, Politischer Teil: Dr. Richard Jägler, Kunst und Wissenschaft: S. Köppen, Lokales: G. Bentnes, Inseratenteil: Ch. Hagen, sämtlich in Berlin. — Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,10 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche wöchmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1927 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. France, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 100 finnische Mark, Estland 2000 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Der sophistische Herr Aulard

TU Basel, 29. Oktober.

In der „Neuen Zürcher Zeitung" behandelt der diesjährige Präsident des Rates der Völkerbundsvereinigungen, Prof. Aulard-Paris, das österreichische Anschlußproblem. Er beschäftigt sich zunächst mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und erklärt dann, daß in diesem Rechte nirgends anerkannt werde, daß das Selbstbestimmungsrecht auch das Recht eines Volkes in sich schließe, seine Unabhängigkeit preiszugeben und sich mit einer anderen Nation zu vereinigen, zu der es sich hingezogen fühle, vor allem wenn eine solche Vereinigung die Macht einer Nation stärken würde, die im Verhältnis zu den kleinen Nationen schon zu groß sei (!). Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland würde die Sicherheit Italiens sowie auch die der Tschechoslowakei bedrohen. Oesterreich habe einzig und allein das Recht auf Unabhängigkeit; es hätte nur das Recht, sich an Deutschland anzuschließen, wenn der Völkerbundsrat erklären würde, daß diese Vereinigung den Weltfrieden nicht gefährde. An diese Erklärung des Völkerbundes glaubt aber Professor Aulard nicht, sondern daran, daß Oesterreich auch ohne Anschluß gedeihen könne und somit die Anschlußfrage den künftigen Generationen nur noch eine geschichtliche Erinnerung sein werde.

*

Es erübrigt sich, auf diese mehr als eigenartige Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes näher einzugehen. Sie schließt sich den juristischen Spitzfindigkeiten und willkürlichen Rechtsdeutungen, mit denen die französische Mentalität den Versailler Vertrag interpretiert, würdig an. Nur dem Präsidenten des Rates der Völkerbundsvereinigungen ist es vorbehalten, den Begriff von Recht und Gerechtigkeit, der in den Bestimmungen über das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes verankert ist, nach seinem Gustus umzubiegen. Eine warme Empfehlung fürwahr für die Vereinigung, deren Präsident er ist.

Die litauische Regierung sucht Anschluß an die Rechtsopposition.

OE Kowno, 28. Oktober.

Der offiziöse „Lietuvis" wendet sich in einem Artikel gegen die Behauptung der Oppositionspresse, daß die Regierung ein Hindernis für die nationale Einigkeit bilde und die politische Konsolidierung verhindere. Von einer Zusammenarbeit mit den Linksparteien könne allerdings keine Rede sein nach dem Douroggener Putsch und den Pojauijis-Verschwörung. Ganz anders liege die Sache aber gegenüber den jetzt zur Regierung in Opposition stehenden Rechtsparteien. Mit diesen hätte die Regierungspartei der Nationalliberalen vieles gemeinsam. Mit den Klerikalen hätten sich die Nationalliberalen früher immer gut verstanden. Da beide Parteien christlich und national sind, könnte gewiß auch jetzt eine Verständigung herbeigeführt werden. Zurzeit werde über einen Wiedereintritt der Klerikalen und des Bauernbundes in die Regierung verhandelt.

*

Schon seit einiger Zeit sind Gerüchte im Umlauf, daß die Regierung im Gefühl ihrer Isolierung eine Verständigung mit den Klerikalen erstrebt. Der so sehr entgegenkommende Ton des Artikels des offiziösen Blattes zeigt nun auch wirklich deutlich, daß der Regierung an einer Verständigung viel gelegen ist, vor allem wohl um ein Zusammengehen der Klerikalen mit den Linken unmöglich zu machen.

Polnischer Gewaltakt gegen die deutsche Mehrheit in Kattowitz.

Auflösung der Stadtverordnetenversammlung durch den Wojewodschaftsrat.

Kattowitz, 29. Oktober.

In der heutigen Sitzung des Wojewodschaftsrates wurde die Auflösung des Kattowitzer Stadtparlaments endgültig beschlossen und gleichzeitig die kommissarische Verwaltung gebildet. Diese umfaßt 15 Mitglieder, von denen zehn den polnischen und fünf den deutschen Parteien (drei deutsche Wahlgemeinschaft, zwei Sozialdemokraten) angehören. Den Vorsitz führt der frühere Landrat von Kattowitz, Dr. Dombrowski. Sein Stellvertreter ist der deutsche Stadtverordnete Schmiegel.

*

Die aufgelöste Stadtverordnetenversammlung wurde am 14. November 1926 gewählt und hatte eine deutsche Mehrheit. Die deutschen Parteien verfügten in ihr über 34 Sitze, die polnischen nur über 26. Die Auflösung kommt nicht überraschend, da sie seit der Stadtverordnetensitzung vom 8. September, in der es wegen der Eröffnung der untersten Klassen der Mittelschulen zu einem von polnischer Seite provozierten Konflikt kam und von da ab die polnischen Parteien aus völlig unberechtigten Gründen jede weitere Mitarbeit ablehnten, täglich von der polnischen Presse angekündigt worden ist. Die Auflösung stellt einen erneuten Unterdrückungsversuch der deutschen Mehrheit in Kattowitz dar und will die Ausschaltung der Deutschen von allen kommunalen Angelegenheiten erzwingen. An Stelle der aufgelösten Stadtverordnetenversammlung tritt nach der obigen Meldung eine sogenannte kommissarische Stadtverordnetenversammlung, der zehn Polen und nur fünf Deutsche angehören sollen. Diese Stimmverteilung in der kommissarischen Vertretung, die dem tatsächlichen Stimmenverhältnis in Kattowitz geradezu ins Gesicht schlägt, zeigt am besten als den wahren Grund der Auflösung die von der polnischen Regierung unaufhörlich systematisch betriebene Sabotage der deutschen Mehrheit in Kattowitz.

Daladier Vorsitzender der französischen Radikalen.

„Eine unfreundliche Geste gegenüber der Regierung Poincaré."

EP Paris, 29. Oktober.

Der Kongreß der Radikalen befaßte sich in seiner heutigen Vormittagssitzung mit der Sozialpolitik der Partei, über die der ehemalige Arbeitsminister Durafour Bericht erstattete. Er sprach sich u. a. für die Verstaatlichung der Industrie, besonders der Bergwerke und Petroleumraffinerien, der Zuckerindustrie und des Versicherungswesens aus. Seine Anträge wurden unter großem Beifall ohne Diskussion angenommen.

Die unter Vorsitzung Caillaux' stattfindende Nachmittagssitzung begann mit einem Bericht des Abgeordneten Nogaro über die Währungslage, während in einem benachbarten Saal die Delegierten zur Wahl des Parteivorsitzenden schritten. Nogaro brachte zum Schluß seiner Ausführungen eine Entschließung ein, in der die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich, aber unter Schonung der kleinen Rentner zur legalen Stabilisierung des Franken zu schreiten.

Darauf ergriff Caillaux das Wort zu einem eingehenden Finanzexposé. Die Vorkriegsschuld Frankreichs von 30 Milliarden sei bis zum Waffenstillstand auf 200 Milliarden, weiterhin bis 1924 auf 300 Milliarden angewachsen. Von den letzten 100 Milliarden Zuwachs entfielen 25 Milliarden auf Budgetfehlbeträge und 75 Milliarden auf Reparationskonto. Der Redner macht den Nationalblock für die Finanzkrise verantwortlich, der nicht nur dem Linksblock ein Budgetdefizit von 4 Milliarden zurückgelassen habe, sondern nach seiner Wahlniederlage vom 11. Mai 1924 im ganzen Lande Panik organisiert vom 11. Mai 1924 im ganzen Lande Panik organisiert.

Den Höhepunkt der Beratungen bildete die Wahl des neuen Präsidenten, des Abgeordneten und früheren Ministers im Kabinett Herriot Daladier, der mit 418 von 781 Stimmen gewählt wurde.

In der Umgebung Poincarés erklärt man, daß die Wahl Daladiers, der stark sozialistisch eingestellt ist, eine unfreundliche Geste gegenüber der Regierung bedeute. Die Linke sieht dagegen in dieser Wahl eine Mäßigung in der Haltung der Radikalen gegenüber der Politik der nationalen Einigung, die sie in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen für notwendig erachtet.

Präsident Masaryk über die Möglichkeiten einer Revision der Friedensvereinbarungen.

Prag, 29. Oktober.

Anläßlich des gestrigen Nationalfeiertages hielt Präsident Masaryk bei einem Empfang auf der Prager Burg eine Rede, in der er zunächst gewisse Angriffe auf die tschechoslowakische Bodenreform zurückwies, und diese als die größte soziale Tat der tschechoslowakischen Republik bezeichnete. Zur auswärtigen Lage übergehend, erklärte Präsident Masaryk: Durch den Krieg haben die Besiegten und die Sieger gelitten. Bereits ist aber eine Konsolidierung sichtbar, insbesondere gilt dies auch für Deutschland. Ich habe schon des öfteren darauf hingewiesen, **daß wir mit Deutschland rechnen müssen, nicht mit dem geschlagenen, sondern mit dem erneuerten und starken Deutschland. Ich habe mir niemals verheimlicht, daß die Friedensvereinbarungen und insbesondere die neue Verteilung Europas nicht in allen Einzelheiten vollkommen sind.** Aber es kann mit Bestimmtheit behauptet werden, daß die Nachkriegsorganisation Europas gerechter ist, als es die Vorkriegsorganisation (!) war. **Ueber die Einzelheiten einer Korrektur kann verhandelt werden.** Aber es muß dies sachlich und gerecht, nicht agitatorisch erfolgen, und die Verhandlungen müssen von Staat zu Staat vor sich gehen. Die Friedensverträge werden nicht tangiert. Denn wir können nicht zulassen, daß sie zu einem Fetzen Papier werden und allgemeine Unsicherheit und de-facto-Anarchie einreißen. Anständige und ehrenhafte Menschen können sich sachlich über alle und die schwierigsten Probleme einigen. Im Programm des Völkerbundes wurde daran in geeigneter Weise gedacht.

Beginn des Wahlkampfes in Frankreich.

Seine Bedeutung für Deutschland.

Nicht nur in Deutschland wirft das große innenpolitische Ereignis der Wahlen zum Reichstag seine Schatten voraus — auch in Frankreich, dessen stimmberechtigte Bevölkerung schon im Mai seine parlamentarischen Vertreter wählen soll, werden längst Wahlparolen formuliert, und die Kampfgruppen zeichnen sich bereits deutlich gegeneinander ab. Der Kongreß der Radikalen Partei, der stärksten Partei Frankreichs, ist das wichtigste Ereignis in den Vorbereitungen der französischen Parteipolitik. Der Kongreß ist zwar noch nicht zu Ende, aber die Entscheidung ist bereits gefallen: der rechte Flügel der Partei, dessen Wortführer Franklin-Bouillon ist, hat eine vernichtende Niederlage erlitten. Der linke Flügel hat sich durchgesetzt, die Diskussion hat mit einem Krach und dem Hinauswurf Franklin-Bouillons und seiner Anhänger geendet. Damit ist die Marschrichtung der Radikalen für den Wahlkampf bestimmt: sie geht nach links.

Die Bedeutung dieses Ereignisses wird klar, wenn man bedenkt, daß die französischen Radikalen, die etwa den gemäßigten Sozialdemokraten in Deutschland entsprechen, der jetzigen Regierung Poincaré, der „Regierung der nationalen Einigung" angehören. Der Block der Rechtsparteien und die Radikalen sind die breite Grundlage der Regierung Poincaré. Diese Grundlage soll, so lautet die Parole des radikalen Kongresses, gesprengt werden. Der Kampf gegen die bisherigen Koalitionsgenossen, gegen die Republikaner, die Demokraten, die Poincaristen und die Linksrepublikaner soll eröffnet werden. Franklin-Bouillon hat auf dem Kongreß verzweifelte Versuche gemacht, dieser Linksorientierung seiner Partei entgegenzuwirken. Er wollte unter allen Umständen die Verbindung mit dem Nationalen Block aufrechterhalten und die Annäherung an die Sozialisten, die etwa den früheren Unabhängigen in Deutschland entsprechen, verhindern. Der Versuch ist, wie gesagt, fehlgeschlagen. Die Mehrheit des Kongresses hat offen ausgesprochen, daß die Partei im Wahlkampf mit den Sozialisten, der Partei Léon Blums, zusammengehen werde. Es ist zu erwarten, daß diese Annäherung an die Sozialisten sich sogar zu einer Art Listenverbindung zwischen Radikalen und Sozialisten im zweiten Wahlgang verdichtet. Wiedererrichtung des linken Blocks — das ist die Parole, mit der die Partei Herriots in den Wahlkampf zieht. Ob die Linksregierung eine Folge dieses Bekenntnisses der Radikalen zum Linksblock nach den Wahlen sein wird, ist wahrscheinlich, wenn auch nicht völlig sicher. Wenn wir von Deutschland aus diese Vorgänge in Frankreich beobachten und die Möglichkeiten ihrer politischen Auswirkungen beurteilen wollen, so müssen wir zunächst bedenken, daß die Radikalen und die Sozialisten allein die Regierung nicht werden bilden können, sondern daß sie, auch wenn sie starke Wahlerfolge haben sollten, auf

Boenicke-Zigarren die führende Marke

Fehlfarben

Otto Boenicke

Postsch.-Kto.: Berlin 11470
Illustr. Preisliste kostenfrei

Portofreie Zusendung innerhalb Deutschlands von M. 20 an

Bis 40% billiger als reine Farben

5% Rabatt bei Barbezug von Originalkisten deutsch. Zigarren, von 500 Stück an 6% Rabatt

Abbildung. Sublimes-Fehlfarben (Sumatra-Sandblatt), Fehlfarben einer 30-Pfg.-Zigarre, zum Preis von 20 Pf. das Stück.

Aus meiner großen Auswahl preiswerter Fehlfarben nenne ich außerdem:
Staatswohl, Coronas Nr. 2, Schuß, 12 cm, 12 Pf. Imperiales, Fehlfarben, Sandbl., Fehlfarben einer 40-Pf.-Zigarre, 13 cm, 25 Pf.
Bremer Recht, Superiores, II. Sortierung einer 25-Pf.-Zigarre, 11½ cm, 15 Pf. Auslese, Cremas Fehlfarben, Fehlfarben einer 30 Pf.-Zigarre, 11 cm, 30 Pf.
Sämtlich in Kisten zu 50 Stück. Rauchern, die keinen Wert auf reine Farben, sondern nur auf Qualität legen, als besonders preiswert zu empfehlen.

Berlin W 8 | Französische Str. 21 (Merkur 5741—2, 4160) * Haus am Zoo (Budapester Str. 9a) * Bayerischer Platz 9 (Ecke Innsbrucker Str.) * Hochstr. 59 (Nahe Charlottenstr.) * Elberfeld (Alter Markt 2) * Königsberg i. Pr. (Kneiph. Langg. 3) * Leipzig (Markt 14)

Frische Havana-Zigarren
in etwa 100 verschiedenen Sorten bekanntester Marken
von 90 Pf. an.
Von meinem Havaneser Vertrauensmann eingehend geprüft.
Direkter Import von Havana.